

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **Rückblick auf die erfolgreiche 9. Ausgabe der Alpeuregio Summer School** 2

EU-Spitzenpositionen

- **Neubesetzung der EU-Spitzenpositionen** 3

G20-Gipfel in Osaka

- **Juncker beim G20-Gipfel: Europa treibt Klimaschutz weiter voran** 4

Neues aus den Institutionen

Rat der Europäischen Union

- **Finnland übernimmt Ratspräsidentschaft** 5

Europäische Kommission

- **Wichtiger Schritt beim Aufbau des europäischen Bildungsraums: die ersten 17 „Europäischen Hochschulen“ sind ausgewählt** 6
- **EU und Mercosur schließen Handelsabkommen** 7
- **EU beschließt neues Hilfspaket über 100 Mio. EUR zugunsten von Flüchtlingen und lokalen Gemeinschaften in Libanon, Jordanien und Irak** 8
- **Humanitäre Hilfe: mehr als 110 Mio. EUR für das Horn von Afrika** 9

Ausschuss der Regionen

- **Dringlich: Beseitigung der Energiearmut in Europa** 10
- **Europäischer Ausschuss der Regionen fordert radikalen Umbau der Arbeitsweise der EU** 11
- **AdR fordert Maßnahmen zur Förderung der MINT-Bereiche insbesondere bei Frauen** 12
- **Endokrine Disruptoren: EU-Regionen fordern zuverlässige Informationen und eine Strategie für den Schutz der BürgerInnen und der Umwelt** 13

- Laufende Konsultationen** 14
- Tagesordnungen der Institutionen** 15
- Impressum** 15

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Rückblick auf die erfolgreiche 9. Ausgabe der Alpeuregio Summer School

Von Montag, dem 24. Juni, bis zum Donnerstag, 4. Juli, hatten 24 junge Menschen aus den Regionen Tirol, Südtirol und Trentino die einmalige Chance, durch ihre Teilnahme an der Alpeuregio Summer School einen tiefen Einblick in die Arbeitsweise der Europäischen Institutionen und die Berufswelt in Brüssel generell zu erhalten.



Neben einer Einführung in die Arbeitsweise und Aufgaben der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol, Südtirol, Trentino bei der EU durch die DirektorInnen, füllten mehrere Besuche in verschiedenen EU-Institutionen sowie Vorträge in unterschiedlichen europäischen Themengebieten von hochrangigen EU-Referenten das dichte Programm der jungen StudentInnen und AbsolventInnen.

Somit besuchten die hochinteressierten TeilnehmerInnen etwa das EU-Parlament, den Ausschuss der Regionen, die Europäische Kommission und den Rat. Daneben erhielten sie jedoch auch Einblicke in die Funktionsweise des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung der EU-Kommission (OLAF), der ständigen Vertretung Österreichs bei der EU sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM Office). Gleichzeitig konnten die jungen StudentInnen und AbsolventInnen ihren Wissensdurst aber auch durch

eine Vielzahl von spannenden Vorträgen in der Gemeinsamen Vertretung stillen. Im Alpeuregio Café über EU-Lebenserfahrungen erhielten die TeilnehmerInnen außerdem die Möglichkeit, junge Menschen, die verschiedene Berufe in Brüssel in unterschiedlichen Bereichen ausüben, nach ihrem Werdegang, ihren aktuellen Jobs und Tipps und Tricks für eine Zukunft hier in der EU-Hauptstadt zu befragen.

Die TeilnehmerInnen zeigten hohes Interesse, unter anderem durch das ständige Einbringen in Diskussionen mit den Fachreferenten. Wir hoffen, dass sie so viel wie möglich durch ihren knapp zweiwöchigen Aufenthalt hier in Brüssel und das Programm der Alpeuregio Summer School mitnehmen konnte, und dass wir einige von ihnen bald wieder in der belgischen Hauptstadt begrüßen dürfen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



EU-Spitzenpositionen

Neubesetzung der EU-Spitzenpositionen

Am 3. Juli wurden die EU-Führungspositionen neu vergeben. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU könnten zwei davon von Frauen besetzt werden. Der Österreicher Othmar Karas wurde zu einem der 14 Vizepräsidenten des Parlaments gewählt.



V.l.n.r.: David Sassoli, Charles Michel, Ursula von der Leyen, Josep Borrell, Christine Lagarde

Der Italiener David Sassoli wurde am Mittwoch zum EU-Parlamentspräsidenten gewählt. Dieses Amt wird er bis Jänner 2022 bekleiden. Der gebürtige Florentiner ist seit 2009 Mitglied des EU-Parlaments. Zuvor war der gebürtige Florentiner Fernsehjournalist beim öffentlichen italienischen Rundfunk RAI. Zu einem von 14 Vizepräsidenten wurde der Österreicher Othmar Karas gewählt. Er hat bereits von 2012 bis 2014 als einer der Vizevorsitzenden des Europäischen Parlaments fungiert.

Der Europäische Rat wählte Charles Michel zum Ratspräsidenten bis Mai 2022. Am 1. Dezember soll er sein neues Amt antreten. Der 43-jährige Belgier ist als Mitglied des liberalen Mouvement Réformateur (MR) seit Oktober 2014 belgischer Premierminister. In der belgischen Regierung könnte ihm der amtierende Vizepremier der MR Didier Reynders folgen.

Die Nachfolge von Mario Draghi an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) wird als erste Frau die Französin Christine Lagarde antreten. Zuvor war sie seit 2011 ebenfalls als erste Frau geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF). In dieser Funktion beschäftigte sie vor allem Länder wie Griechenland, für die der IWF in der Eurokrise Hilfen in Milliardenhöhe mitfinanzierte. Ihr bisheriger

Stellvertreter David Lipton wird vorübergehend die Leitung des IWF übernehmen.

Der Spanier Josep Borrell soll neuer EU-Außenbeauftragter werden und somit die Italienerin Federica Mogherini in ihrem Amt ablösen. Mit der europäischen Bühne ist er bereits vertraut, war er doch von 2004 bis 2007 schon Präsident des Europäischen Parlaments. In der Vergangenheit verurteilte er regionale Abspaltungen aller Art. So geißelte er etwa den Brexit mit ähnlich harten Worten wie die katalanischen Separatisten. Als Mitglied der katalanischen sozialdemokratischen Partei ist er derzeit spanischer Außenminister.

Als Nachfolgerin von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wurde die deutsche konservative Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vom Europäischen Rat nominiert. Die Entscheidung ist insofern überraschend, als sie einen Bruch mit dem Spitzenkandidaten-Prinzip darstellt. Nach dem Spitzenkandidaten-Prinzip sollen nur Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten akzeptiert werden, die als Spitzenkandidaten ihrer Parteien in den Europawahlkampf gezogen sind.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



G20-Gipfel in Osaka

Juncker beim G20-Gipfel: Europa treibt Klimaschutz weiter voran

Vergangenen Freitag, dem 28. Juni 2019, fand zum ersten Mal das G20-Gipfeltreffen der Regierungs- und Staatschefs im japanischen Osaka statt. Die EU wurde dort durch Ratspräsident Donald Tusk und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vertreten, der sich in einer Pressekonferenz ehrgeizig bezüglich der Erreichung der Ziele für 2030 im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zeigte.



Die Ziele für 2030 seien laut Juncker hoch gesteckt und Europa müsse sich auf deren Umsetzung fokussieren. Dazu sollen 25% des mehrjährigen Finanzrahmens dafür aufgewandt werden, so Juncker. Der Klimawandel würde 2030 jedoch nicht aufhören, und eine große Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten würden die Strategie der Kommission für Klimaneutralität bis 2050 unterstützen, so Juncker.

Außerdem hob der EU-Kommissionspräsident die Erfolge der EU in den letzten Jahren hervor: „Wir befinden uns im siebten aufeinanderfolgenden Jahr wirtschaftlichen Wachstums, im Durchschnitt 2%, wobei jeder Mitgliedsstaat hier beigetragen hat.“

Weiters sei die Arbeitslosigkeit in einem Rekordtief und mehr Menschen denn je hätten eine Arbeit.

Den Ursprung dieser Erfolge ortet Juncker zum größten Teil in den fairen Geschäften, die die EU mitunter als wichtigster Handelspartner mit über 80 Ländern führt.

Abschließend zeigt sich Juncker willens weiterhin ein regelbasiertes globales System zu wahren. Er ist bereit dazu mit jedem zusammenzuarbeiten, um dies umsetzen zu können.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Finnland übernimmt Ratspräsidentschaft

Der Vorsitz im Rat wird von den EU-Mitgliedstaaten im Turnus wahrgenommen und wechselt alle sechs Monate. Nachdem Österreich die Ratspräsidentschaft von Juli 2018 bis Dezember 2018 innegehabt hat, folgte Rumänien im Zeitraum Jänner 2019 bis Juni 2019. Am 1. Juli 2019 übernahm nun Finnland den Vorsitz des Rats der EU.



Während der sechs monatigen Ratspräsidentschaft leitet der Vorsitz die Sitzungen und Tagungen auf allen Ebenen des Rates und sorgt für die Kontinuität der Arbeit der EU im Rat.

Die Mitgliedstaaten, die den Vorsitz innehaben, arbeiten in Dreiergruppen als sogenannter Dreivorsitz eng zusammen. Diese Regelung wurde 2009 mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Der aktuelle Dreivorsitz besteht aus dem rumänischen, dem finnischen und dem kroatischen Vorsitz. Die drei Mitgliedstaaten formulieren langfristige Ziele und erarbeiten ein gemeinsames Programm. Darin finden sich die Themen und wichtigsten Fragen wieder, mit denen sich der Rat in dem betreffenden Zeitraum von 18 Monaten befassen wird. Auf der Grundlage dieses Programms stellt jedes der drei Länder sein eigenes detaillierteres Sechsmonatsprogramm zusammen.

Das Motto des finnischen Ratsvorsitzes lautete: „Ein nachhaltiges Europa – eine nachhaltige Zukunft“. Der finnische Ministerpräsident Antti Rinne führt hierzu aus, dass mit Nachhaltigkeit eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Zukunft

für alle EuropäerInnen und ganz Europa gemeint ist. Ein besonderer Fokus gelte dabei dem Klimaschutz. Das beinhalte, dass sich die EU zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichte. Bis Ende des Jahres solle ein Konsens zu zentralen Elementen dieses Plans im EU-Rat gefunden werden.

Folgende Themen stehen im Vordergrund des finnischen Vorsitzes:

- Die Stärkung der gemeinsamen Werte und des Rechtsstaatsprinzips
- Eine wettbewerbsfähige und sozial inklusive Union
- Die Stärkung der EU als Vorkämpferin für den Klimaschutz
- Die Gewährleistung umfassender Sicherheit für alle EuropäerInnen

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Wichtiger Schritt beim Aufbau des europäischen Bildungsraums: die ersten 17 „Europäischen Hochschulen“

Die EU-Kommission hat bekanntgegeben, welche Hochschuleinrichtungen Teil der ersten 17 sogenannten „Europäischen Hochschulen“ werden. Darunter befinden sich auch zwei Österreichische Universitäten: die Universität Graz und die Universität für Bodenkultur Wien (BOKU).

Die Europäischen Hochschulen sollen die „Universitäten der Zukunft“ werden. Sie sollen den Wendepunkt für die Hochschulbildung in Europa darstellen. Dabei ist eine Europäische Universität eine Allianz aus mehreren Hochschuleinrichtungen im EU-Raum. Die Lehrpläne sollen individuell gestaltbar sein und den Erwerb eines europäischen Abschlusses ermöglichen. Ihre Studierenden, Doktoranden, MitarbeiterInnen und ForscherInnen werden die Freiheit haben, sich nahtlos zwischen den Einrichtungen, die sich über ganz Europa verstreuen werden, zu bewegen.

Unter den ausgewählten Hochschulallianzen sind auch die Universität Graz, die Teil der Arqus European University Alliance ist, und die Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), als Teil der EPICUR

(European Partnership for an Innovative Campus Unifying Regions).

Für die ersten 17 „Europäischen Hochschulen“ steht ein Gesamtbudget von bis zu 85 Mio. EUR zur Verfügung. Jede Allianz wird in den kommenden drei Jahren bis zu 5 Mio. EUR erhalten, um mit der Umsetzung ihrer Pläne zu beginnen.

Die Initiative „Europäische Hochschulen“ ist Teil der Bemühungen der EU um den Aufbau eines europäischen Bildungsraums bis 2025. Der Europäische Rat rief dazu auf, mindestens 20 solcher Hochschulen bis 2024 herauszubilden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU und Mercosur schließen Handelsabkommen

Die EU und Mercosur haben letzten Freitag ein ehrgeiziges Handelsabkommen abgeschlossen. Dieses setzt sich zum Ziel, den Handelsverkehr zwischen den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay und der EU zu erleichtern. Dabei spielt auch der Tiroler Speck eine Rolle.



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spricht von einem historischen Moment für die EU. Mit dem neuen Abkommen bleiben Unternehmen in der EU über 4 Mrd. EUR an Zöllen erspart. Das macht es zum größten Handelsabkommen, das die EU je getroffen hat. Außerdem ist es der erste große Handelspakt überhaupt, der mit dem Mercosur (Abk. für Mercado Comùn del Cono Sur, dt.: gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika) beschlossen wurde.

Das Handelsabkommen betrifft die Abschaffung der Zölle auf Industriegüter und Agrarlebensmittel. Zusätzlich wird durch die Vereinbarung die Erfüllung hoher Standards festgelegt. So verpflichtet sich die EU und Mercosur zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens. Das bedeutet zum Beispiel, dass beide Parteien Maßnahmen gegen die illegale Abholzung des Amazonas Regenwaldes setzen

werden. Außerdem bleiben die Standards der EU zur Lebensmittelsicherheit unverändert, und alle importierten Güter werden diesen entsprechen müssen.

Das Abkommen betrifft auch den Tiroler Speck: Mercosur verpflichtet sich mit der Unterzeichnung dazu, ihn, und 357 andere Lebensmittel, als Lebensmittel mit geographisch geschützter Angabe (g.g.A) anzuerkennen. Das bedeutet, dass Tiroler Speck, der in einem der Mercosur-Staaten verkauft wird, auch tatsächlich (wenn auch nur zum Teil) in Tirol hergestellt worden sein muss.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission



EU beschließt neues Hilfspaket über 100 Mio. EUR zugunsten von Flüchtlingen und lokalen Gemeinschaften in Libanon, Jordanien und Irak

Die EU will weiterhin betroffene Flüchtlinge der Syrien-Krise und ihre Aufnahmegemeinden in Libanon, Jordanien und Irak fördern. Hierzu beschloss die EU am 27. Juli ein neues Hilfspaket von 100 Mio. EUR.

Das neue Hilfspaket soll der Stärkung der Systeme zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, einem verbesserten Zugang zur Hochschulbildung und dem Ausbau der Kinderschutzeinrichtungen zugutekommen. Laut Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, erfülle die EU damit ihre Zusagen, Flüchtlinge auch weiterhin dabei auf dem Weg zur Eigenständigkeit zu fördern. Aber auch die Nachbarländer Libanon, Jordanien und Irak werden dabei unterstützt ihre eigene Wirtschaft auszubauen und gleichzeitig den Herausforderungen des Syrien-Krise gerecht zu werden, so Hahn weiter.

Das Hilfspaket umfasst folgende Maßnahmen:

55 Mio. EUR für Flüchtlinge, Vertriebene im eigenen Land, Rückkehrern und Aufnahmegemeinschaften in Libanon, Jordanien und Irak;

28,4 Mio. EUR für deren Zugang zur Hochschulbildung;

12,5 Mio. EUR zum Schutz von Kindern und Frauen in Libanon;

3,6 Mio. EUR zum Ausbau des Überwachungs- und Bewertungsrahmens des Treuhandfonds.

Der EU-Treuhandfonds wird seit 2014 als Reaktion auf die humanitäre Krise in Syrien umgesetzt. Er hat ein Volumen von 1,8 Mrd. EUR zu dem 22 EU-Mitgliedsstaaten und die Türkei beisteuern. Seit 2011 haben Libanon, Jordanien und Irak mehr als 1,75 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission



Humanitäre Hilfe: Mehr als 110 Mio. EUR für das Horn von Afrika

Die Region am Horn von Afrika ist weiterhin von schweren humanitären Krisen betroffen. Als Reaktion darauf kündigt die EU ein neues Hilfspaket in Höhe von 110,5 Mio. EUR an. Seit 2018 hat die EU am Horn von Afrika humanitäre Hilfe in Höhe von insgesamt 316,5 Mio. EUR geleistet.

Die Bevölkerung am Horn von Afrika ist durch Unterernährung, Dürreperioden und Überschwemmungen sowie Krankheitsausbrüche zum Teil stark geschwächt. Rund 11 Mio. Menschen in der Region sind auf Ernährungshilfe angewiesen und bis zu 4 Mio. Kinder unter 5 Jahren leiden an Unterernährung.

Die EU verfolgt mit dem neuen Hilfspaket weiterhin das Ziel den betroffenen Ländern Somalia, Äthiopien, Uganda, Kenia und Dschibuti Unterstützung zu leisten.

Konkret wird zum Beispiel lebensrettende Nahrungsmittelhilfe geleistet oder die medizinische Grundversorgung und die Maßnahmen zur Abwehr und Vorbeugung von Krankheiten unterstützt, wie etwa Hilfe bei der Ebola-Schnellerkennung und -reaktion in Uganda.

In der Region sind mehr als 8 Millionen Menschen auf der Flucht.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Dringlich: Beseitigung der Energiearmut in Europa

Etwa 54 Millionen EuropäerInnen sind laut der EU-Kommission von Energiearmut betroffen. Dieses weitverbreitete gesellschaftliche Problem, welches unmittelbare gesundheitliche Auswirkungen hat, wurde nun in einer Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) adressiert. Städte und Gemeinden fordern die EU-Kommission auf, konkrete Ziele für die Verringerung der Energiearmut bis 2030 und ihre Beseitigung bis 2050 vorzuschlagen.

Energiearmut liegt laut der EU-Kommission dann vor, wenn es in einem Haushalt an angemessenen Energiedienstleistungen mangelt. Ganze 11 % der EU-Bevölkerung sind davon betroffen, was sich durch hohe Energiepreise, geringe Einkommen sowie schlecht isolierte, feuchte und ungesunde Wohnungen umso mehr vergrößert. Auch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise und die geringe Energieeffizienz der Gebäude in Europa sowie die in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegenen Strompreise leisten ihren Teil zur Intensivierung der Energiearmut. Dennoch verzichten die meisten EU-Länder weiterhin darauf, wirtschaftlich schwache Energieverbraucher zu ermitteln und Maßnahmen gegen Energiearmut sinnvoll einzuleiten.

Vor diesem Hintergrund nahm der AdR einstimmig die Stellungnahme „Multi-Level-Governance und sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Energiearmut“ an. Diese umfasst eine Reihe von Vorschlägen, darunter die Weiterentwicklung der europäischen Definition der Energiearmut, gezielte Investitionen in die Energieeffizienz und zeitliche Zielvorgaben zur Beseitigung der Energiearmut.

Die Mitglieder des AdR sind sich einig, dass die grundlegenden Energiepreise für Privathaushalte nicht der Selbstregulierung des Marktes überlassen werden dürfen. Ihrer Meinung nach müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um leistbare Energie für alle zu gewährleisten. Im Zuge dessen schließt sich der AdR auch der Forderung des EU-Parlaments an die EU-Kommission an, weitere Anhaltspunkte dazu zu geben, wann die Mitgliedstaaten auf dem Markt tätig werden dürfen. Dadurch soll vermieden werden, dass eine „erhebliche Anzahl von Haushalten“ von Energiearmut betroffen ist.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Europäischer Ausschuss der Regionen fordert radikalen Umbau der Arbeitsweise der EU

Nach der Europawahl stand die EU diese Woche der Neubesetzung der Europäischen Spitzenposten gegenüber. Im Hinblick auf die neue Legislaturperiode der Union von 2019 bis 2024 formulierte nun auch der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) seine Erwartungen und Vorschläge.

Laut dem AdR sei das Vertrauen der EU-BürgerInnen nur zurückzugewinnen und die wichtigsten aktuellen Herausforderungen nur dann zu bewältigen, wenn die Beschlüsse und politischen Maßnahmen der EU regional verankert sind. Darüber hinaus müssten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in alle Phasen der Beschlussfassung der EU eingebunden werden, betonte der AdR in seiner Entschließung vom 26. Juni 2019.

Außerdem ruft der AdR die europäischen Organe dazu auf, seine Forderung nach der Einrichtung eines strukturierten und dauerhaften Systems von Bürgerkonsultationen aufzugreifen. Dadurch sollen die Legitimität und die demokratische Grundlage der EU weiter gestärkt werden.

Zudem fordert der AdR die Einrichtung eines systematischen Verfahrens für Rückmeldungen über die Umsetzung der EU-Politik auf lokaler/regionaler Ebene unter Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Momentan wird ein derartiger Mechanismus im Rahmen des Pilotprojekts der „regionalen Hubs“ durch den AdR getestet.

Daneben präsentierte der AdR weitere Vorschläge für die kommende Legislaturperiode zu den Themen „Ein wettbewerbsfähiges Europa“, „Bekenntnis zu einem nachhaltigen Europa“ und „Integration von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen“.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Europäischer Ausschuss der Regionen fordert Maßnahmen zur Förderung der Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) in Europa, insbesondere bei Frauen

In der vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) am 26. Juni 2019 verabschiedeten Stellungnahme fordern die AdR-Mitglieder die EU-Kommission und Mitgliedstaaten dazu auf, die Initiative im Zusammenhang mit den MINT-Bereichen zu unterstützen. Insbesondere Mädchen und Frauen sollen gefördert und geschlechtsspezifische Unterschiede beseitigt werden, so der AdR.



In der Stellungnahme fordern die Städte und Regionen die EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, die erforderlichen Investitionen aus Mitteln der Mitgliedstaaten oder der EU zu gewährleisten. Außerdem soll bei der Planung der Kohäsionspolitik für den nächsten Haushaltszeitraum der EU (2021-2027) ein gezielterer Ansatz für Mängel der MINT-Kompetenzen sichergestellt werden.

Die AdR-Mitglieder betonten, dass die MINT-Fächer für SchülerInnen bereits von einem sehr jungen Alter an attraktiv sein sollten und dass Sensibilisierungs- und Beförderungskampagnen Eltern adressieren sollten, wobei der Schwerpunkt

auf der Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede liegen sollte. Um dies erreichen zu können, schlägt der AdR in der Stellungnahme Berufsberatungsprogramme und gezielte Studien- und Ausbildungsförderung vor. Dadurch sollen Geschlechterstereotypen herausgefordert werden, die Fähigkeiten und die Bildung von Frauen im Rahmen von MINT gefördert werden und ihr Anteil an der Beschäftigung und dem Unternehmergeist im Rahmen von MINT erhöht werden.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Endokrine Disruptoren: EU-Regionen fordern zuverlässige Informationen und eine Strategie für den Schutz der BürgerInnen und der Umwelt

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist der Meinung, dass die EU-Kommission in ihrer Mitteilung über endokrine Disruptoren den Gesundheitsgefahren nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt. Darüber hinaus bietet sie auch keinen ausreichend soliden Rahmen für den Umgang mit diesen Chemikalien in allen EU-Rechtsvorschriften. Der Berichterstatter der AdR-Stellungnahme „Hin zu einem umfassenden EU-Rahmen für endokrine Disruptoren“ unterstrich die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen.

Endokrine Disruptoren sind Chemikalien, die die Funktionsweise des Hormonsystems verändern und die Gesundheit von Mensch und Tier beeinträchtigen. Derzeit gibt es ca. 800 Chemikalien mit nachgewiesener oder vermuteter endokriner Wirkung. Endokrine Disruptoren kommen meist in Dosen und Lebensmittelaufbewahrungsbeuteln sowie in Folien oder Verpackungen aus Kunststoff vor. Daneben können sie auch in Spielzeug, Kosmetika, Lebensmittelbehältern, Pestiziden und sogar in Möbeln enthalten sein.

In der AdR-Stellungnahme hebt der Berichterstatter hervor, dass europäische BürgerInnen in verständlicher Form über die Risiken und

Auswirkungen endokriner Disruptoren zuverlässig informiert werden müssen. Gleichzeitig wird die Einführung einer neuen, aktualisierten Definition von endokrinen Disruptoren vorgeschlagen.

Schließlich fordern die Kommunal- und RegionalpolitikerInnen eine Aufstockung der Mittel für die unabhängige, öffentlich finanzierte Erforschung endokriner Disruptoren und unbedenklicher Alternativen sowie anderer innovativer Lösungen.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[EU-Steuerpolitik – Bewertung der Kommunikationskanäle](#)

Steuern

21. Juni 2019– 13. September 2019

[Evaluierung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und den Europäischen Sozialfonds](#)

Beschäftigung und Soziales

24. Mai 2019– 16. August 2019

[Sustainable batteries – EU requirements](#)

Binnenmarkt

13. Juni 2019– 8. August 2019

[Standard chargers for mobile phones](#)

Binnenmarkt

14. Mai 2019– 6. August 2019

[Agriculture – simplified EU approval scheme \(block exemption\) for state subsidies \(review\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Wettbewerb

26. April 2019– 19. Juli 2019

[Trans-European Transport Network \(TEN-T\) Guidelines – evaluation](#)

Verkehr

24. April 2019– 17. Juli 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Maritje Weydemann, LL.B.

Martin Rigo

Abbildungsverzeichnis

<https://worldunion.info/03-07-2019-ansprache-david-maria-sassoli-deutsch-neuer-eu-parlamentspraesident/>

<http://www.hurriyetdailynews.com/eu-leaders-strike-deal-to-give-two-top-jobs-to-women-144646>

<http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/eu-mercosur-association-agreement/>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/finland-eu-ratsvorsitz-1640986>

<https://www.irishtimes.com/special-reports/innovation-in-the-classroom/successful-career-in-stem-field-now-more-achievable-for-women-1.2856755>

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/g-20-gipfel-in-osaka-eu-droht-im-klimaschutz-streit-mit-veto-16258262.html>